

Hamburgr Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 43

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Graff-Str. 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 24. Oktober 1914

Anzeigen kosten die fünfgespaltige Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

28. Jahrg.

Zur Lage unserer Berufsverhältnisse aus unserer Septemberstatistik.

Bekanntlich leiteten wir schon in den ersten Wochen des Kriegszustandes außergewöhnliche Maßnahmen ein, um gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband — die übrigen Verbände haben sich später angeschlossen — die drohende Notlage zu lindern. (Vergleiche Nr. 88 des „Verbands-Anzeiger“). In den Nummern 88 bis 40 berichteten wir dann über die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen, wobei wir neben der Anerkennung für die Leitung des Arbeitgeberverbandes und für die Vorstände seiner Gauverbände Berlin, Leipzig und Danzig auch selber feststellen mußten, daß besonders die Organe und Vorstände der Gauverbände Hamburg und München nichts oder doch nicht genug im Interesse der beteiligten Arbeitgeber und Gehilfen unternommen haben. In der Zwischenzeit machten wir anlässlich einer in Nr. 41 des „Verbands-Anzeiger“ schon behandelten Erhebung weitere Feststellungen. Wir lassen hier darüber noch einiges weitere folgen.

Die Frage: „Wurde mit der Arbeitgeberorganisation über die Situation verhandelt?“, beantworteten 182 Orte mit 6998 Arbeitgebern und 12827 Gehilfen mit nein. Die Kollegen verschiedener Orte meldeten, daß die Arbeitgeber schriftliche Anregungen zu Verhandlungen nicht beantworteten. (1) Von 61 Orten mit 2570 Arbeitgebern und 20508 Gehilfen wurde dagegen berichtet, daß zum meist von Ortsstarikämtern über die Situation verhandelt wurde; in 6 Orten mit 480 Meistern und 888 Gehilfen waren Mitte September Verhandlungen eingeleitet.

Auf die Frage, ob — bis Mitte September — etwas unternommen wurde, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, antworteten von 265 durch die Statistik erfaßten Orten mit 19285 Meistern und 84464 Gehilfen 183 mit 4954 Arbeitgebern und 9385 beschäftigten Gehilfen verneinend. In 62 Orten mit 9898 Betrieben und 21936 Beschäftigten hat man durch Eingaben an die Behörden versucht, die Arbeitsgelegenheit zu heben. Aus 6 Orten mit 626 Betrieben und 875 Beschäftigten berichtete man, daß staatliche und städtische Arbeiten in Angriff genommen wurden; in 17 Orten mit 698 Meistern und 863 Gehilfen wurden Notstandsarbeiten verlangt und teils auch begonnen.

Eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit konnte von 57 Orten mit 7794 Arbeitgebern und 18798 Beschäftigten festgestellt werden. Es finden sich darunter, mit Ausnahme von Hamburg, nahezu sämtliche Großstädte und namhafteren Mittelstädte.

Verkürzt wurde die Arbeitszeit auf:

9½ Stunden in 1 Ort mit 60 Meistern und 120 Gehilfen	
9 " " 6 Orten " 184 " " 283 "	
8½ " " 2 " " 27 " " 90 "	
8 " " 17 " " 2505 " " 5701 "	
7 " " 16 " " 4225 " " 11546 "	
6½ " " 3 " " 299 " " 511 "	
6 " " 4 " " 146 " " 575 "	

Andere Fragebogen haben nur ergeben, um wieviel Stunden die Arbeitszeit verkürzt wurde. Danach wurde in 4 Orten mit 163 Meistern und 142 Gehilfen die Arbeitszeit um 1½ Stunde, in 12 Orten mit 1008 Meistern und 1156 Gehilfen um 2 Stunden, in einem Orte um 2½ und in einem Orte um 3 Stunden pro Tag verkürzt. Einmal war mitgeteilt, daß nur 4 Tage, in einem andern Falle 5 Tage in der Woche gearbeitet wird. — Aus 14 Orten mit 2289 Betrieben und 2951 Beschäftigten wurde über eine teilweise Verkürzung der Arbeitszeit berichtet, und in allen übrigen 192 Orten mit 8224 Arbeitgebern und 11239 Gehilfen hat man die Arbeitszeit nicht verkürzt.

Die Frage: „Wurde Ueberzeit- und Sonntagsarbeit besonders untersucht?“, ist aus 71 Orten mit 9188 Meistern und 20499 Gehilfen mit ja beantwortet. Von 75 Orten mit 2720 Meistern und 4820 Gehilfen wurde

die Frage mit nein beantwortet. Die übrigen Orte machten keine bestimmten Angaben.

Auf die weitere Frage: ob die Stadt Arbeitslosenunterstützung zahlt und in welcher Form, lautete die Antwort aus 148 Orten mit 7491 Betrieben und 12706 Beschäftigten verneinend, aus 58 Orten mit 7774 Meistern und 17246 Gehilfen bejahend. Aus den fehlenden Orten lagen keine bestimmten Angaben vor. Ein Teil der Fragebogen enthielt über die Form der Unterstützung nähere Angaben. Danach wurde in 12 Orten mit 1185 Meistern und 4198 Gehilfen mit Geld unterstützt. Aus 10 Orten mit 1091 Gehilfen und 2190 Meistern war geantwortet, daß die Unterstützung in Naturalien verabreicht wird. — In einem Orte wird Mittagessen verabfolgt. Geld und Naturalien gibt es in 2 Orten mit 48 Gehilfen. In einem andern Falle ist gesagt: Es stehen M. 500.000 bereit für freien Mittagisch und Gdunterstützung. Außerdem sind verschiedene unbestimmte Angaben vorhanden. Aus 2 Orten wird mitgeteilt, daß nur in dringenden Fällen Unterstützung gezahlt wird. Aus einem andern Orte: „Unterstützung ist vorgesehen nur an kinderreiche Familien.“ Verbleiben wird gesagt, daß sich die Stadt mit entsprechenden Beträgen an der freiwilligen Kriegshilfe beteiligt hat.

Eine der wichtigsten Maßnahmen in dieser kritischen Zeit ist die Vermittlung von Arbeit. Dazu kann ein geordneter zentraler Arbeitsnachweis viel beitragen. Wir haben darum auch diese Frage bei unserer Erhebung erfaßt. Auf die Frage: besteht am Orte eine Arbeitsvermittlung? war im Gegensatz zu unserer früheren Erhebung mitgeteilt, daß in den meisten Orten jetzt eine Arbeitsvermittlungsstelle vorhanden ist. Nur für 41 Orte mit 939 Meistern und 1529 Gehilfen war die Frage mit „nein“ beantwortet. Auf die Unterfrage: in welcher Form und durch wen? ergab die Erhebung, daß die städtische Arbeitsvermittlung vorherrschend ist. In 182 Orten bestanden städtische Vermittlungsstellen. Daneben hat noch der paritätische Nachweis größere Bedeutung, der in 6 Orten mit 3795 Meistern und 10995 Gehilfen vorhanden war. Eine Vermittlung nur durch unsern Verband war für 14 Orte mit 1795 Meistern und 8097 Gehilfen angegeben. Außerdem waren verzeichnet Nachweise der Innungen, der Arbeitgeberverbände und Industriellen, Nachweise der Gewerkschaftsartelle, und schließlich sind an einigen Orten für die Kriegszeit besondere Nachweistellen errichtet; so eine Arbeitskriegszentrale, ein Wohlfahrtsausschuß für Arbeitsvermittlung, die Kriegsfürsorge, das Landratsamt und andere. Daß in verschiedenen Orten auch die verschiedensten Nachweise in Funktion sind, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Ueber die Konjunkturaussichten wurde unter anderem aus Mittweida i. S. berichtet, daß die Arbeitgeber mit einer Eingabe abgewiesen worden sind mit dem famosen Bescheid, für das Bauhandwerk gebe es nichts zu klagen. Am Marktplatz werden neun Häuser gebaut, die eigentlich schon am 1. Oktober fertig sein sollten. Der Krieg hat alles verzögert. Geht die Arbeit los, können sämtliche Kollegen arbeiten. Die Meister haben versprochen, zuerst am Orte ansässige Kollegen zu berücksichtigen. — In Essen ist die Arbeitslosigkeit gering, weil eine größere Zahl Kollegen bei Krupp arbeitet. Ferner waren bis Oktober auch noch mehrere größere Neubauten fertigzustellen. — Von Emden wurde über geringe Arbeitslosigkeit berichtet. Einmal seien noch viele Arbeiten in den Reservelazaretten fertigzustellen, andererseits wären auch noch einige größere Neubauten in Arbeit. — Im allgemeinen klangen alle Angaben aus den verschiedensten Orten dahin zusammen, daß die Konjunktur zurzeit besser als zunächst erwartet sei, daß aber in den kommenden Wochen und Monaten größere Arbeitslosigkeit befürchtet werden müsse.

Verträge gegen den Tarifvertrag wurden in verschiedenen Fällen mitgeteilt. Es handelt sich dabei meist um Vorgänge in den ersten Kriegswochen, in denen die Freibeuterei von vielen Arbeitgebern noch als erlaubt

betrachtet wurde. Insgesamt berichteten 28 Orte mit 8088 Arbeitgebern und 18367 Gehilfen über Tarifverstöße. Diesen stehen 162 Orte gegenüber, wo nichts gemeldet wurde; an 14 Orten bestand kein Tarif und 38 Orte mit 8487 Beschäftigten hatten die Frage nicht beantwortet. — Von Berlin wurde berichtet, es seien nur Kleinigkeiten vorgekommen. In Dresden blieb es bei mehreren Versuchen. Hannover schreibt von einem Verstoß wegen Mehraufwand. In München haben sich zwei Meister vergangen, und in Nürnberg gab es Differenzen wegen auswärtiger Arbeiten. Von Brity wurde berichtet, daß zwei Arbeitgeber, die städtische Arbeiten auszuführen hatten, ihren Gehilfen zumuteten, unter Tarif zu arbeiten; einer dieser Herren zeichnete jedoch M. 100 für die Familien der ins Feld Gezogenen, und zwar unter voller Namensnennung. (1) — In Essen und Düsseldorf wurden mehrfach größere Bohndruckerien versucht; wohl, weil dort kein Tarifvertrag besteht. — In Hamburg verlangte ein Unternehmer von seinen Gehilfen, sie sollten 50 pZt. billiger arbeiten. Drei Kollegen, die das ablehnten, wurden entlassen; einige „Kollegen“, die zustimmten, wurden weiterbeschäftigt. Ein anderer Meister verweigerte 20 Gehilfen bei dringender Sonntagsarbeit unter allerlei „patriotischen“ Nebensarten den Zuschlag. (Es handelte sich um Militärarbeiten.) Ein anderer Meister wollte unter Verweisung auf den Krieg Fahrgeld sparen. — In Saarbrücken zahlte ein Meister, Weisser im Ortsstarikamt, seinen Gehilfen statt 60 nur 50 ½ Stundenlohn. — Ein Arbeitgeber in Remscheid schrieb einem Gehilfen, mit der Vorpiegelung der falschen Tafsache, es hätten sich bei ihm verheiratete Gehilfen für 40 ½ Stundenlohn angeboten. Der Plan, auf diese Weise eine billige Arbeitskraft zu fördern, ist mißlungen. — In Waltershausen zahlt ein Meister nur 60 pZt. des Lohnes aus; die andern 40 pZt. sollen folgen, sobald die „Geldknappheit“ nachläßt. — In vielen Fällen vereitelte die Angst vor der Öffentlichkeit die Absicht, Bohndruckerie zu treiben. Weiteres Material zu diesem Kapitel geben wir später bekannt.

Auch über die von den Arbeitgebern teilweise gewährte Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer hollen wir Auskunft ein. Wir registrieren auch hier zunächst nur Stichproben unserer Feststellungen. Insgesamt wurde aus 34 Orten von einer Unterstützung durch Arbeitgeber berichtet. Dabei handelt es sich in 5 Fällen um Fabrikbetriebe. In 8 Orten ging man korporativ vor und setzte sich mit unsern Kollegen in Verbindung. In 21 Orten unterstützten nur einzelne Meister gelegentlich einzelne Familien. — Nachdrückliche Anregungen hat der Vorstand des Gauess Mitteldeutschland gegeben; die übrigen hüllten ihre Aufforderungen meist in recht vorsichtige Formen oder stellten den Appell zur Unterstützung der Familien eingezogener Arbeitgeber allzu sehr in den Vordergrund, teils beschränkte man sich überhaupt auf diesen. Wir wollen bemerken, daß das kein Vorwurf sein soll; denn es kann von den Arbeitgebern keineswegs gefordert werden, hier helfend eingzugreifen.

Das schon erwähnte Vorgehen des Gauess Mitteldeutschland der Arbeitgeber, dessen Vorsitzender zur Behebung einer Sammlung persönlich M. 500 stiftete, hat einige gute Folgen gehabt. So berichtete „Der Maler“ unterm 20. September, daß die Ortsgruppe Nordhausen des Arbeitgeberverbandes M. 150 eingesandt habe. Drei Arbeitgeber unterstützen dort die Familien von vier eingezogenen Gehilfen mit je M. 10 monatlich. Ein Sondershauser Arbeitgeber warf zu dem gleichen Zwecke M. 26, ein Stollberger M. 20 aus. — Der Arbeitgeberverband in Magdeburg bewilligte für die Familien der im Felde stehenden Gehilfen M. 300 und für das städtische Wohlfahrtsamt M. 75. — In Stendal und Apolda unterstützt je ein Arbeitgeber die Familien ihrer eingezogenen Gehilfen; das gleiche wird von einem Hofstocker und einigen Berliner Meistern berichtet. — Bei einer Düsseldorfer Firma zahlen Meister und Gehilfen die Hälfte. — In Emden wurde beschlossen, daß jeder in Arbeit stehende Kollege je nach Leistungsfähigkeit

wöchentlich eine Summe zeichnet. Die Meister saßen für sich den gleichen Beschluß. Die Gelder werden durch eine paritätische Kommission an die Frauen der Gehilfen und Meister, soweit sie bedürftig sind, verteilt. — Bei einer Essener Firma wird Sonntags abends gesammelt; der Arbeitgeber leistet einen Zuschuß. — Bei einer Essener Firma lassen sich die Kollegen 10 pZt. vom Lohn abziehen; der Arbeitgeber leistet denselben Beitrag. — Dort hat auch die Zwangsinnung auf Antrag des Weselenausschusses beschlossen, jedem arbeitenden Gehilfen (dessen Einverständnis vorausgesetzt) wöchentlich 50 \mathcal{M} abzugreifen und dafür die einberufenen Kollegen bei der Innungskasse weiter zu versichern. Gleichzeitig soll jeder Arbeitgeber für jeden seiner Gehilfen ebenfalls 50 \mathcal{M} die Woche zahlen. Damit werden bedürftige Familien eingezogener Gehilfen unterstützt. Für erstere Aktion ist eine Kommission von 2 Meistern und 4 Gehilfen, für letztere von 4 Meistern und 2 Gehilfen eingesetzt. — Eine Firma in Breslau zahlt jedem Eingezogenen sofort \mathcal{M} 10. Jeder bei ihr beschäftigte Gehilfe soll wöchentlich 50 \mathcal{M} zahlen, um den zurückgebliebenen Frauen wöchentlich \mathcal{M} 8 geben zu können. Ein anderer Meister zahlt eine Unterstützung, angeblich, solange er es aushalten kann. — In Danzig wurden \mathcal{M} 200 aus der Kasse des Ortstarifamtes entnommen und davon die Hälfte den Arbeitgebern, die andere Hälfte den Gehilfen zur „unbeschränkten Verwendung für die Zwecke der Kriegshilfe überlassen“. — In Kiel verzichteten die verheirateten Kollegen auf 8 pZt., die ledigen auf 5 pZt. ihres Lohnes zugunsten der Unterstützung der Familien der Eingezogenen. Die Beiträge werden vom Lohne einbehalten und der Innung zugeführt. Die Abrechnung wird durch unsere Kollegen nachgeprüft. — In Dresden hat ein Unternehmer seinen Gehilfen ohne deren Zustimmung Gelder abgezogen. Als er merkte, daß sie sich das nicht bieten ließen, nahm er davon Abstand. Aus einer großen Anzahl Fragebogen ging hervor, daß man auf keine Unterstützung durch die Arbeitgeber rechnet.

Unsere Septemberstatistik beweist, daß wir jetzt unter recht absonderlichen, anormalen Verhältnissen leben. Doch beginnt vieles sich schon wieder in geordnete Bahnen einzufügen. Und wir sind überzeugt, würde unter vorübergehender Hintansetzung gegensätzlicher Interessen, in bester Absicht und frei von kleinlichen Bedenken durch alle Organe der beiderseitigen Organisationen im weitesten Sinne der eingangs gekennzeichneten Vereinbarungen — so wie es die erste Zeit gebietet — gehandelt, unser Gewerbe und die von ihm abhängigen Personen könnten ohne weiteres die Kriegszeit ohne besondere Schwierigkeiten überdauern. Das aber würde ein Erfolg sein, der wirklich nicht gering zu schätzen wäre.

Kriegsmaßnahmen der Organisationen des Baugewerbes.

Angeregt durch die nach Kriegsausbruch unternommenen Aktionen der beiderseitigen Organisationen (vor allem des Holzgewerbes und unseres Berufes) zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, Aufrechterhaltung der Tarife, Verfügung der Arbeitszeit, Verbot der Leberzeitarbeit und andern wurde von sämtlichen am Baugewerbe beteiligten Gewerkschaften Mitte September in gemeinsamer Sitzung beschlossen, an den Reichsbund baugewerblicher Arbeitgebertverbände (Sitz Nürnberg) heranzutreten, um mit diesem ähnliche Maßnahmen für das gesamte Baugewerbe durchzusetzen. Es wurde je ein Vertreter des Bauarbeiters, des Holzarbeiters und des Metallarbeiters beauftragt, gemeinschaftlich mit einem Vertreter der christlichen und kirchlich-demokratischen Organisationen zur Beschleunigung der Sache mit der Leitung des Reichsbundes eine Vorbesprechung zu pflegen, der dann, deren prinzipielles Einverständnis vorausgesetzt, eine allgemeine Verhandlung folgen sollte. In der dem Reichsbund unterbreiteten Eingabe hieß es:

Die durch den Krieg herbeigeführte Störung im Wirtschaftsleben schädigt gleichermaßen Arbeitgeber und Arbeiter. Die gemeinsame Notlage drängt den sonstigen Gegensatz der Interessen zurück und hat bereits in mehreren Berufen die Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter zu gemeinsamen Beschlüssen und Maßnahmen zusammengeführt. Diese Beispiele sind gewiß nachahmenswert. Es scheint uns aber durchaus geboten zu sein, daß während des Krieges die beiderseitigen Organisationen in noch engere Verbindung treten, eine Art Arbeitsgemeinschaft bilden können, um die jetzigen Aufgaben auf dem gemeinsamen Interessengebiet systematisch und energisch in die Hand zu nehmen.

Der Zweck dieses Zusammengehens der Arbeitgebertverbände und der Gewerkschaften müßte in erster Linie sein, einen verstärkten und nachhaltigen Einfluß auf die Behörden im Reich, in den Bundesstaaten und den Gemeinden, desgleichen aber auch auf das private Publikum dahingehend auszuüben, daß alle Mittel angewendet werden, um das Baugewerbe mit Arbeitsaufträgen zu versehen, damit die geschlossenen Betriebe wieder geöffnet und die entlassenen Arbeiter nach Möglichkeit wieder eingestellt werden können.

Die Angelegenheit erlitt leider einige Verzögerung. Darum fand die Vorbesprechung erst am 13. Oktober in Berlin zwischen den oben bezeichneten fünf Arbeitnehmer- und ebensoviel Arbeitgebervertretern statt, in der folgende Vereinbarung getroffen wurde:

Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe.

Die großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Baugewerbes und der Baunebenberufe haben am 13. Oktober 1914 in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, welche danach streben soll, zur Erhaltung der Volkskraft während des Krieges die dardeliegende Bautätigkeit möglichst zu heben. Die Arbeitsgemeinschaft wendet sich zu diesem Zwecke an die Behörden des Reiches und der Bundesstaaten und an die Gemeinden mit der bringenden Bitte, die schon beschlossenen Bauten auszuführen und umgehend Mittel für weitere Bauten bereitzustellen. Sie wird ferner bei den in Betracht kommenden kapitalkräftigen Stellen auf eine Erleichterung der Kapitalbeschaffung zur Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit hinarbeiten. Sie wird weiter eine planmäßige Vermittlung der Arbeitskräfte, insbesondere für den Wiederaufbau der durch den Krieg verwaisteten Landbestände anstreben. Sie wird die Behörden ersuchen, von den Uebernehmern gewerblicher Arbeiten die Innehaltung der tariflichen und ortsüblichen Arbeits-

Es geht eine Schlacht...

Es geht eine Schlacht... mit schwerem Gang.
Am Weichselfluß? Am Wasgenloch?
Die Stille redet. Tagelang.
Wir wissen's nicht. Und wissen's doch.
Es rinnt ein Ruf. Durch frühlichtgrau'n,
Durch alle Nächte. Heimatwärts.
Es schwillt ein flüsterndes Geraun
Von eurem Blut in unser Herz.
Es schallt ein Schrei. Es schallt ein Schuß.
Es trifft uns in die eig'ne Stirn.
Es zieht ein heimlich fester Fluß
Von eurem Herz in unser Hirn.
Es weht der Allerseelenwind.
Wir schreiten alle einen Schritt.
Und die wir fern vom Felde sind,
Wir kämpfen mit, wir sterben mit.

Alfred Kerr.

bedingungen zu verlangen, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten. Um einer möglichst großen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verdienst zu verschaffen, wird es den örtlichen Verbänden anheimgestellt, sich über eine zweckmäßige Verkürzung der Arbeitszeit zu verständigen.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen bildet die Arbeitsgemeinschaft einen Zentralausschuß, dem fünf Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgebertverbände und fünf Vorstandsmitglieder der beteiligten freien, christlichen und kirchlich-demokratischen Gewerkschaften angehören. Es wird beabsichtigt, in den einzelnen Provinzen Bezirksausschüsse und in den größeren Arbeitsorten örtliche Ausschüsse in ähnlicher Zusammensetzung zu bilden, welche sich in dauerndem Zusammenarbeiten der Durchführung dieser Maßnahmen widmen werden.

Dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgebertverbände gehören rund 60 000 Arbeitgeber an, den beteiligten Gewerkschaften rund eine Million Arbeiter.

Die zu der Besprechung zusammengekommenen Vertreter konstituierten sich hierauf als Zentralausschuß. Dieser soll seinen Sitz in Berlin haben und jetzt eine Geschäftsstelle ein, deren Arbeiten von je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter erledigt werden.

Es bedarf keines Wortes, daß wir uns in den vorerwähnten Provinz- und Ortsausschüssen überall nach besten Kräften mit betätigen werden. Die hier zu lösenden Aufgaben entsprechen dem, was unsere Organisation schon seit Kriegsausbruch befürwortet und praktisch gefördert hat; ferner braucht inmitten sämtlicher Bauberufe nicht am wenigsten das Malergewerbe jede Hilfe, die ihm nur zuteil werden kann. Daß aber eine Förderung der Baubarbeiten für uns sehr nützlich ist, ist eine Selbstverständlichkeit. Allerdings müssen trotz des erfreulicherweise geschaffenen gemeinsamen Arbeitsplanes die einzelnen Organisationen sich auch weiter wie bisher betätigen, vor allem, wo besondere Berufsinteressen in Betracht kommen. Eines ergänzt dann das andere zum Nutzen aller am Baugewerbe direkt und indirekt interessierten Gewerbe und zum Vorteil des ganzen Wirtschaftslebens.

Der Vorstand wird die Filialverwaltungen fortlaufend und rechtzeitig über die zu unternehmenden Schritte unterrichten und es nicht an Anregungen zu praktischer Mitarbeit fehlen lassen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Getreidepreise und das Eingreifen des Staates. — Brotgetreideproduktion und Bedarf. — Der Zuckermarkt. — Kohlelieferungsprobleme.

Die letzten Wochen haben eine starke Preiserhöhung für Getreide gebracht, so daß sowohl die weitläufigeren Landwirtschaftsvertreter wie die anfangs stärker widerstrebenden leitenden Handelskreise selber die Festsetzung von Höchstpreisen durch die Behörden verlangen. Starke plötzliche Anläufe der Militärverwaltung am Kriegsbeginn, die notgedrungen langsame Erledigung des Ausdrüchses bei der schwächeren ländlichen Arbeiterzahl und bei dem Andrang der folgenden übrigen Erntearbeiten, bis zur Herbeibringung der Kartoffeln und Rüben und der Neubestellung der Felder, ferner die langandauernden, immer von neuem sich zeitweise wiederholenden Schwierigkeiten des Landtrans-

portes mögen für die jüngste Preissteigerung als normalere Ursachen in Rechnung gesetzt werden. Zum guten Teile jedoch handelt es sich dabei um spekulative Wuchsgeschäfte, die bei der weitgehenden Desorganisation der Märkte und bei der Unregelmäßigkeit der Zufuhren leichter als sonst gelingen.

Zunächst seien nach der Reichsstatistik die wöchentlich sich folgenden Preise, und zwar für Berlin, mitgeteilt. Schon die Monatsdurchschnitte hatten sich zwischen Juli und August nicht unbedeutend erhöht: für Roggen von \mathcal{M} 178,88 auf \mathcal{M} 198,98 die Tonne, für Weizen von \mathcal{M} 208,80 auf \mathcal{M} 226,02. Dann notierte im Wochen durchschnitte:

	Markt pro Tonne Roggen	Weizen
31. August bis 6. September	198,42	226,50
7. September bis 12. September	205,88	238,—
14. " " 19. " "	212,67	240,88
21. " " 26. " "	228,50	250,—
28. " " 3. Oktober	221,67	247,—

Die Berliner Preisdurchschnitte betragen in den vorangegangenen Jahren 1913 und 1912: beim Roggen \mathcal{M} 164,8 und 185,8, beim Weizen \mathcal{M} 198,9 und 217,0 — und speziell im Monat September 1913 und 1912: beim Roggen \mathcal{M} 175,05 und 162,11, beim Weizen \mathcal{M} 214,56 und 198,42. Die höchsten Monatsdurchschnitte während dieser beiden letzten, an sich schon teuren Jahre erreichte der Roggen mit \mathcal{M} 199,07 im Mai 1912, der Weizen mit \mathcal{M} 281,80 im Juni 1912. Man sieht, die Preissteigerung ist keine geringe, obwohl zu den Larentennnachrichten des Auslandes noch lange keine Veranlassung vorliegt.

Die alten Vorratsbestände wie die neuen Ernteergebnisse bieten zu solchen Preissteigerungen kaum irgendwelchen Anlaß. Nach den Reichsstatistiken Monatsberichten, die jetzt als Sonderausgabe unter dem Titel „Das Wirtschaftsleben im Kriege“ erscheinen, wird man etwa auf folgenden Ziffern fußen können: Die übernommenen Bestände aus der vorjährigen Ernte dürften noch auf acht Wochen für die Brotversorgung des deutschen Volkes ausreichen. Was die neue deutsche Ernte betrifft, so wird ihr Ertrag (abschließende amtliche Berechnungen liegen noch nicht vor) ungefähr dem des Jahres 1913 gleichzusetzen sein. Damals ergab die amtliche Schätzung eine Brotgetreide-(Roggen- und Weizen-)Ernte von 17,81 Millionen Tonnen. Davon gehen als Ausfaat quantum etwa 1,5 Millionen Tonnen ab, so daß rund 16,3 Millionen für die menschliche und tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke verbleiben. Für die menschliche Ernährung bedürfen wir bis zur nächsten Ernte höchstens 12,0 Millionen Tonnen, so daß, wenn die alte Ernte auch nur 1,0 Millionen beitragen sollte, die neue Ernte 11,0 Millionen Tonnen hergeben muß. Es verbleiben dann für die tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke 4,8 Millionen Tonnen. Das wäre ein durchaus ausreichendes Quantum, wie mehrjährige Beobachtungen und Berechnungen ergeben haben. Also unter Annahme keineswegs besonders günstiger Voraussetzungen wäre Deutschland wohl imstande, aus seinen Vorräten und aus der Ernte 1914 die Verproviantierung des ganzen Volkes mit Brotgetreide hinreichend zu decken, was jeder Preissteigerung die Spitze bieten muß. Es können vorübergehend örtliche Verlegenheiten entstehen, aber ein Mangel für den gesamten deutschen Markt kann nicht eintreten! — abgesehen von den Einfuhrmöglichkeiten aus Produktionsländern wie Rumänien und unter Umständen auch über neutrale Vermittlungsländer wie Holland, Dänemark und Italien.

Die Festsetzung von Höchstpreisen ist um so dringlicher, weil ohne Beendigung der Preissteigerungen im Handel auch die Landwirte sich schwer zu umfassenderen Lieferungen entschließen. Sie halten ihr Erzeugnis künstlich vom Markte zurück, solange die Zukunft noch ungewisser Preise und Gewinne verspricht; sie werden sofort dem Markte zugänglich, falls eher ein Herunter- als ein Hinaufgehen des künftigen Erfolges in Aussicht steht.

Zu gleicher Zeit wird auch ein behördlicher Eingriff in den Zuckermarkt und die Zuckerverproduktion von den verschiedensten Seiten gefordert, allerdings hier unter einem viel stärkeren Auseinandergehen der beteiligten Interessen. Deutschland erzeugt auf diesem Gebiete bekanntlich viel mehr als es selber verbraucht. Die Menge des gewonnenen Rübenzuckers aller Art betrug:

1905/06	23 147 790	Doppelzentner
1906/07	21 243 260	"
1907/08	20 170 710	"
1908/09	19 808 870	"
1909/10	19 475 800	"
1910/11	25 129 928	"
1911/12	14 077 810	"
1912/13	26 322 820	"
1913/14	26 167 740	"

Auf Verbrauchszucker reduziert, ergibt dies nach dem Durchschnitt der letzten beiden Jahre gegen 20 Millionen Doppelzentner Jahresproduktion, wovon Deutschland nach den bisher üblichen Konsumverhältnissen nur ungefähr 13 Millionen selber verbrauchen würde.

Die Vorschläge für das staatliche Eingreifen laufen hier noch wirr durcheinander. Die Exporteure möchten, wie bisher, einfach die ganze Ausfuhr erhalten sehen, während die Reichsregierung zunächst ein Ausfuhrverbot erließ, wesentlich mit der Spitze gegen England, das unter der schwachen Zufuhr sofort hohe Zuckerpreise entstehen sah. Die Industriellen erstreben zum Teil eine Festsetzung von Mindest(!!)preisen, um Schleuderpreise, wie sie durch Ueberfüllung des Marktes entstehen, zu vermeiden. Die Landwirte, wenigstens soweit sie an der Viehproduktion beteiligt sind, empfehlen eine stärkere Verfüllung der Rüben, oder doch eine Herabsetzung der Zuckerektion aus den Rüben, um nährstoffreichere Mischstände, sogenannte Zuckerschmelze mit 5 bis 7 pZt. Zuckergehalt zu gewinnen; diese können frisch verfüttert oder auch als Trockenzuckerschmelze aufbewahrt und sogar in den Handel gebracht werden. Das Konsumenteninteresse geht wesentlich dahin, durch Verbilligung beziehungsweise durch Steuerermäßigung, die in diesem Falle noch keineswegs einen Verlust für die Reichskasse zu bedeuten bräuchte, den Zuckerverbrauch auszuweiten, der nicht nur einen Luxus, sondern einen wertvollen Ernährungsbeitrag darstellt. Die Regierung kündigt jedoch an, daß sie eine Ausfuhr in der Höhe des Bedarfs der neutralen Länder (also nicht nach England, dem bisher

größten Exportabsatzfeld gestatten wolle, unter Vorbehalt jederzeitiger Wiederaufnahme des Ausfuhrverbotes bei Ueberführung der vorgelebten Ausfuhrmenge.

Die deutsche Rohstoffsproduktion, nach den vorläufigen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, spiegelt wie wohl kaum ein anderer Erwerbszweig die Schwierigkeiten der Mobilmachungszeit, die plötzliche Entziehung von Arbeitskräften durch die Einberufungen, schließlich die militärischen Vorgänge in Luxemburg und im saarbrückischen Erz- und Schlitzengebiet wieder. Die Monatsproduktion betrug im August insgesamt nur 625 927 Tonnen gegen 1 664 845 Tonnen im Juli des laufenden Jahres und gegen 1 689 000 Tonnen im August 1913. Da Eisen aber für den Kriegsbedarf obenansteht und auch die anderweitige Verwendung durchaus nicht vollständig stocken kann, so werden schon die Septemberzahlen wahrscheinlich wesentlich anders aussehen. M a g S c h i p e l.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Coblenz. Durch den Ausbruch des Krieges wurde hier das Wirtschaftsleben fast vollständig lahmgelegt. In unserm Beruf blieben nur wenige Kollegen in Arbeit. Ein Teil der Arbeitslosen fand jedoch Beschäftigung bei den Arbeiten der Militärbehörde. Immerhin hatten wir Ende September noch 60 arbeitslose Mitglieder, 87 Kollegen, darunter der Vorsitzende und zwei weitere Vorstandsmitglieder der Filiale, wurden zum Kriegsdienst einberufen. Wenn auch in der ersten Zeit der Mobilmachung bei einigen Kollegen die Auffassung bestand, daß die Verbandsaktivität während des Krieges ruhe, so setzte sich doch im allgemeinen sehr bald die Erkenntnis durch, daß die gewerkschaftlichen Organisationen auch während des Krieges eine sehr wirksame Tätigkeit im Interesse ihrer Mitglieder entfalten können und müssen. Nach kurzer Unterbrechung war daher die Organisationsarbeit wieder vollständig im Gange und die entstandenen Lücken der Funktionäre, soweit notwendig, ausgefüllt. Die Beschlüsse des Vorstandes und Beirates wurden von den Kollegen zustimmend aufgenommen. Wenn mancher Kollege auch glaubte, daß die Unterstützungsfrage etwas höher sein könnte, so hatten doch die meisten Kollegen auch volles Verständnis für die Verhältnisse unseres Verbandes. Da die Stadt und auch die umliegenden Gemeinden zur Verringerung der Arbeitslosigkeit noch nichts getan haben, so wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserm Verbande als ganz besonders angebracht empfunden. Die gemeinsame Aktion zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit fand bei den Arbeitgebern keine günstige Aufnahme; denn auf das dies anregende Schreiben ging uns keine Antwort zu.

Düsseldorf. Bereits im Jahresbericht stellten wir fest, daß die Zahl der beschäftigten Gehilfen um 200 bis 300 abgenommen hat. Bei der Kriegserklärung verschlechterte sich die Lage ganz gewaltig, so daß die Großfirmen nur noch ihre „Stammangestellten“ behielten. Da Düsseldorf eine Kunststadt ist, wird infolgedessen eine große Zahl junger Gehilfen beschäftigt, die zum größten Teil sofort abberufen. Es dürfte nach der gemachten Feststellung im höchsten Maße noch die Hälfte der sonst beschäftigten Gehilfen Beschäftigung haben. Da dieser Zustand nicht ohne Einfluß auf unsere Organisation bleibt, ist selbstverständlich. Auch stockte zu Anfang die Beitragsleistung, was aber nach einer Aussprache mit den älteren tätigen Kollegen und der Einklassierung der Beiträge durch den Angestellten zum größten Teil wieder gehoben ist. Zur Fahne einberufen sind 25 pZ. Auch ist die Stadt zur Zahlung von Arbeitslosenunterstützung gedrängt worden und zahlt an Verheiratete ab Mitte September für Mann und Frau je 50 $\%$ und für jedes Kind 20 $\%$. Die Höchstsumme, die zur Auszahlung kommt, beträgt M. 2 pro Tag. Die von den Organisationen bezahlten Unterstützungen werden dann angerechnet, wenn sie wöchentlich M. 5 überschreiten. Eine Aussprache mit den Arbeitgebern bewirkte, daß für Arbeitsgelegenheit gesorgt werden soll; die tägliche Arbeitszeit wurde auf sieben Stunden festgelegt. Wir haben festgestellt, daß die Firma Blumenberg & Witte den Lohn um 10 $\%$ und die Firma Gillebrand um 5 $\%$ pro Stunde kürzte. Die Firma Hemming & Witte soll den Familien der zur Fahne einberufenen Kollegen eine Unterstützung zahlen, die aber zur Hälfte von den in Beschäftigung stehenden Kollegen beglichen wird.

Eisenach. Durch die Einberufung des Vorsitzenden trat eine Stockung in der Geschäftsführung ein, die leider heute noch nicht vollkommen behoben ist. Trotzdem die Arbeitsgelegenheit infolge des außerordentlich guten Geschäftsganges in der Fahrzeugfabrik eine gute zu nennen ist, läßt das Interesse der arbeitenden Kollegen sehr viel zu wünschen übrig. Da die jetzige Verwaltung alles tun wird, die Geschäfte wieder ordnungsgemäß zu betreiben, vor allem regelmäßige Hauskassiererei durchzuführen, dürften sich die Verhältnisse bald bessern. Zwölf Kollegen sind zum Militär eingezogen. Um deren Familien eine besondere Unterstützung zu gewähren, hat das Ortsaristamt beschlossen, den Kassenbestand in Höhe von M. 144 zu verwenden. Hierzu wollen die Arbeitgeber noch M. 100 beisteuern, so daß außer der bereits von unserm Verband ausgezahlten Unterstützung weitere Unterstützungen gewährt werden können.

Erfurt. Die Arbeitsgelegenheit war in den letzten Jahren durch das fast völlige Daniederliegen der Bautätigkeit keine günstige. Durch Inangriffnahme mehrerer größerer Bauten war Aussicht auf Besserung vorhanden, zumal auch die Privatarbeit wieder mehr in Erscheinung trat. Durch den Ausbruch des Krieges trat jedoch sofort eine Stockung ein, so daß eine große Anzahl arbeitsloser Kollegen vorhanden war. Durch Beschluß des Ortsaristamts wurde die Arbeitszeit um täglich anderthalb Stunden, auf acht Stunden, herabgesetzt und wurde dieser Beschluß auch einstimmig durchgeführt mit dem Erfolg, daß die vorhandenen arbeitslosen Kollegen fast restlos eingestellt wurden. Wieweit nun noch die Eingabe an die Behörden, betreffend Vergütung neuer Malerarbeiten, Erfolg bringen wird, muß erst abgewartet werden. Immerhin dürfte dieses gemeinsame Vorgehen in der Not uns auch den Weg zeigen, wie in Friedenszeiten gemeinsam zusammen gearbeitet werden kann, um Behörden, und dadurch auch Private, zu veranlassen, nicht wie bisher

alle Malerarbeiten auf die zwei Perioden Ostern und Michaelis fertigstellen zu lassen, sondern sie auf das ganze Jahr zu verteilen, vor allem aber nicht im Winter die Vergütung fast jeglicher Malerarbeit zu unterlassen, weil die Farbe so schlecht trocknet. Aufgabe des Ortsaristamts wird es daher sein, es nicht nur bei der Eingabe bewenden zu lassen, sondern beim Nachlassen der Quartalarbeit wieder Fühlung mit den Behörden zu suchen, um sie zur Vergütung neuer Malerarbeiten, und deren wird es in vielen städtischen Grundstücken geben, zu veranlassen. Zur Verringerung der Not der Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Gehilfen zahlt die Malerinnung aus einem noch vorhandenen Fonds der früheren Innung den Angehörigen pro Woche M. 2.

Offen. In unserer Kanonenstadt spielt man von einer Arbeitslosigkeit sehr wenig, da die Firma Krupp mit Hochdruck arbeiten läßt und zur Gewinnung der Kohle ebenfalls emsig gearbeitet wird. Ein erheblicher Teil der Kollegen ist bei Krupp und in den Kohlenzechen in Beschäftigung getreten. Trotzdem der Landsturm noch nicht zu den Fahnen berufen wurde, haben bereits vierzig Prozent der Mitglieder den Malerzettel mit dem Waffensymbol vertauschen müssen. — Der Gesellenauschuss hat mit der Zwangsinnung beschlossenen, daß jedem beschäftigten Kollegen wöchentlich 50 $\%$ an Lohne gekürzt werden sollen, wenn ein Einspruch nicht erfolgt, wofür die zur Fahne einberufenen Kollegen in der Innungsstrankenkasse weiter versichert werden. Das ist wichtig, da die Familienversicherung besteht. Ebenfalls 50 $\%$ pro Woche für jeden beschäftigten Gehilfen soll der Arbeitgeber zahlen, womit die bedürftigen Familien der einberufenen Kollegen unterstützt werden sollen. Die Firma Christians hat sich mit den Gehilfen dahin verständigt, daß jeder zehn Prozent seines Lohnes zur Unterstützung der Familien einberufenen Kollegen abgibt. Die Firma zahlt den gleichen Betrag. Bedauerlicherweise hat auch hier schon die Firma Marx in Altenessen den Stundenlohn um 8 $\%$ gekürzt.

Frankfurt a. M. Unsere gemeinsamen Bestrebungen mit den Arbeitgebern zur Beschaffung von Arbeit haben teils gute Erfolge gezeitigt. Die Königliche Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. teilte unter dem 28. September mit: „Auf Ihre Eingabe vom 16. dieses Monats teilen wir ergebenst mit, daß wir unsere in Betracht kommenden Dienststellen beauftragt haben, Ihren Wünschen soviel als möglich zu entsprechen.“ Auch andere Frankfurter städtische und städtische Behörden sind bestrebt, der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu steuern. Daß dabei die Stadtverwaltung an die Vergütung von Arbeiten die Bedingung knüpft, daß nur in Frankfurt wohnende Arbeiter beschäftigt werden sollen, ist engherzig und läßt die eigenartige Konstellation der in Frankfurt tätigen Arbeiterschaft vollständig außer acht, und dürfte übrigens praktisch auch ganz undurchführbar sein. Ferner haben sich die Eisenbahnbetriebsstellen auf eine Eingabe des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisesverbandes und der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle bereit erklärt, die Arbeiter für Streckenarbeiten durch diese Nachweise zu beziehen. Daß für diese Arbeiten neben den Bauarbeitern auch unsere Kollegen in Betracht kommen, ist bekannt. Auch die private Bautätigkeit hat eine wesentliche Besserung erfahren, so daß sogar die Konjunktur als verhältnismäßig gut bezeichnet werden kann. Dasselbe trifft auf die großen Wohngebiete Hanau, Höchst und Offenbach zu, wo ebenfalls größere städtische und staatliche Gebäude teils fertig für Maler- und Weißbinderarbeiten sind, teils sich noch im Rohbau befinden. Die Anregung der Hauptvorstände der am Tarif beteiligten Organisationen zur Steuerung der Arbeitslosigkeit die Arbeitszeit entsprechend zu verkürzen, hat auch im Filialgebiet Frankfurt a. M. die nötige Beachtung gefunden. In Frankfurt, Höchst und Offenbach wurde die Arbeitszeit auf acht Stunden und vom 15. Oktober auf sieben Stunden täglich verkürzt. In Hanau betrug die Verkürzung vorläufig täglich eine Stunde; ab 1. Oktober wird die Arbeitszeit auf acht und ab 1. November auf sieben Stunden festgesetzt. In allen Orten fand die Bestimmung, daß Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit zu vermeiden sind, daß der Tarifvertrag in seinen sonstigen Bestimmungen bestehen bleibt und daß insbesondere keine niedrigeren als die tariflichen Stundenlöhne bezahlt werden dürfen, einstimmige Annahme. Auch die Durchführung der von den Ortsaristamten gefassten Beschlüsse hat bei den Arbeitgebern auf keine allzugroßen Schwierigkeiten gestoßen. In einigen Fällen bedurfte es nur eines telephonischen Anrufes oder auch eines persönlichen Vorstellens mit einem Appell an die Gewerksolidarität, um zu erreichen, daß die Arbeitszeit verkürzt wurde. Daß der Landesverbandsvorsitzende von Hessen-Nassau Herr Fr. Ab. Symer, sich nicht um diese Beschlüsse lehrte und ruhig weiter voll arbeiten ließ, sei lediglich der Registrierung halber mitgeteilt. Die Antwort des Herrn Symer, daß das auf Verlangen des Bauherrn geschehen sei und die weitere Bemerkung, daß er seit dem Beschluß des Ortsaristamts sieben neue Gehilfen eingestellt habe, erscheint uns wenig stichhaltig. Vielmehr dürften früher vorhandene Differenzen auch in der Zeit des „Bürgerfriedens“ noch nicht ganz überwunden sein und jetzt ihren Ausdruck finden. Auch einige Versuche, die Löhne zu drücken, müssen leider konstatiert werden. In Offenbach a. M. ist es die Firma Link, in Frankfurt a. M. die Firma Trost; ferner ist es die Firma Friedrich Stiel aus Duisburg, die hier Militärbaracken streicht und Gehilfen zu den horrenden Lohn von 50 $\%$ die Stunde sucht. Erfreulicherweise lehnten es in allen Fällen unsere Mitglieder entschieden ab, sich als Lohndrücker herzugeben, und bei allen Kollegen ist der Gedanke wach, das Erbe, das in unsern Händen liegt, während des Krieges treu zu bewahren. Das gilt sowohl für die Erhaltung unserer Organisation als auch für die Aufrechterhaltung der in den langen Jahren erkämpften Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

In Lörach i. W. machten sich die Kriegsfolgen stark bemerkbar. Durch die Absperrung der Grenzen wurde es einer Anzahl Kollegen unmöglich gemacht, ihrer gewohnten Beschäftigung in Basel nachzugehen. Da auch in Lörach selbst und in der Umgebung die meisten Betriebe, auch in der Industrie, stillgelegt wurden, entstand in den ersten Wochen große Arbeitslosigkeit; diese ist aber nunmehr für einige Zeit behoben. Zwei Kollegen haben sich nicht geschaut, in dieser Zeit „wegen zu niedriger Unterstützung“ aus der Organisation auszutreten. Hoffentlich bejammern sie sich eines besseren. 14 Kollegen sind zu den Fahnen eingezogen.

Irrendwelle Maßnahmen, um der kommenden Notlage rechtzeitig zu begegnen, sind weder von den Unternehmern noch von den Behörden ergriffen. Hoffentlich kommt dies noch.

Mannheim. In der hiesigen Verwaltung sah es zu Beginn der Mobilmachung sehr bedenklich aus, da zunächst unser Hauskassierer, Kollege Ellinger, eingezogen wurde, ebenso der Vorsitzende und einige weitere Verwaltungsmittelglieder; außerdem stand noch die Einberufung des Geschäftsführers, Kollegen Kehl, in Frage. Inzwischen ist sowohl der Vorsitzende als auch der Hauskassierer wieder zurückgekommen. Die Arbeitslosigkeit, besonders in den Metall- und Möbelindustriebetrieben, hat bedenkliche Dimensionen angenommen; im übrigen Beruf konnte durch eine Verkürzung der Arbeitszeit in Mannheim und Ludwigshafen auf acht Stunden für die meisten Kollegen wieder Unterkommen geschaffen werden. Einschließlich der Zahlstellen Speyer, Grünstadt und Frankenthal sind 257 zu den Fahnen Einberufene und 100 Arbeitslose gezählt. Mit den Arbeitgebern fanden mehrfache Verhandlungen im Sinne der von den Organisationsleitungen getroffenen Verabredungen statt.

Milthausen l. G. Unsere Kollegenschaft hat in den ersten Wochen des Kriegszustandes und auch noch darüber hinaus außerordentlich zu leiden gehabt. Der Geschäftsgang war für unsern Beruf mit einem Schläge stillgelegt; die meisten unserer Betriebe waren geschlossen infolge der allgemeinen Unsicherheit. Irrendwelle Versuche, den Geschäftsgang wieder zu beleben und Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, konnten angesichts der Gefahr weiterer Kämpfe gar nicht Raum gewinnen. Es wird nur unter Ausbleitung aller Energie der Behörden, Unternehmer und Arbeiterchaft möglich sein, die schwere Krise zu überwinden, aber auch nur dann, wenn nicht neue feindliche Störungen eintreten. Die Kollegen sind seit der Erklärung des Kriegszustandes fast alle arbeitslos. 80 Mitglieder wurden sofort eingezogen, und in den letzten Tagen ist eine weitere Anzahl zum Kriegsdienst abgegangen; darunter befinden sich fast alle Funktionäre der Filiale. Es bedarf daher des festesten Zusammenhaltes der Zurückgebliebenen, um die Organisationsarbeit während des Krieges zu erhalten, wozu erfreulicherweise auch der Wille und die Einsicht vorhanden sind. Es wurden während der kurzen Franzosenherrschaft die am Orte vorhandenen Verbandsgelder zur Verteilung gebracht; je M. 7 an einjährige Mitglieder, die ihre Beiträge regelmäßig bezahlt hatten. Diese Maßnahme wurde in der ersten Verkürzung getroffen, zunächst, um der bereits eingetretenen Notlage einigermaßen abzuhelfen; dann mögen wohl auch einige Kleingeldler damit gerechnet haben, daß die aufgezugene Trifolore dauernd wieder vom Rathaus wehen würde. Inzwischen hat jedoch eine ruhigere Beurteilung der Situation Platz gegriffen.

München. Der Krieg hat unsere Verwaltung bis auf einen Mann reduziert, so daß es nur durch die Mithilfe des Bezirksleiters möglich war, die Geschäfte aufrecht zu erhalten. Auch in den Zahlstellen mußten fast alle Kollegen fort, und die zurückgebliebenen waren bald zum größten Teil arbeitslos. Die momentane Geschäftstockung in allen Branchen, soweit sie nicht den Krieg betrafen, zeigte sich auch in unserm Beruf in ziemlichem Umfang. Der Streik der Lackierer in den Wagenbaubetrieben wurde aufgehoben; alle Streitigkeiten, die vor den Tarifinstanzen schwebten, wurden vertagt. Die Arbeitslosigkeit mußte erfreulicherweise nach und nach ab; trotzdem wäre es sehr nützlich gewesen, wenn sich der Arbeitgeberverband dazu hätte verstehen können, die geplanten gemeinsamen Eingaben abzugeben. Auch über die Frage einer Arbeitszeitverkürzung hätte sicher eine Aussprache zwischen den einzelnen Organisationen stattfinden sollen. Wenn auch Regierung, Magistrat und Private angegangen wurden zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit und besonders das hiesige Gewerkschaftsamt in dieser Frage die Initiative ergriff, die Arbeitslosenversicherung als unumgänglich nötig bezeichnete und den Zusammentritt des Landtages verlangte, so bleibt doch noch viel zu tun übrig, um die Not zu lindern, die vor Winter noch bringen kann. Der Geist unter den Kollegen ist im allgemeinen gut. Wenn auch einzelne Unzufriedenheiten vorhanden sind, denen die Beschlüsse des Beirates nicht passen, so kann doch gesagt werden, daß der größte Teil der Mitglieder einen guten Stamm bildet, der begreift, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen gar nichts anderes gemacht werden konnte, als für die Opfer des Krieges zunächst zu sorgen. Alles in allem: Wenn die Zeiten auch schwere sind, so wollen wir mutig in die Zukunft blicken, um die Organisation durch alle Klippen zu steuern.

In den pfälzischen Filialen **Neustadt, Kaiserlautern und Birnmasen** hat die Mobilmachung gewaltige Lücken gerissen, im besonderen auch unter den Verwaltungsmittelgliedern. Den Zurückgebliebenen erwächst hier die doppelte Aufgabe: den nötigen Ersatz zu stellen und die vorhandene Arbeitslosigkeit durch geeignete weitere Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zu bekämpfen. Aus den genannten Orten marschierten 84 Mitglieder ins Feld.

Nürnberg-Fürth. „Das hat gerade noch gefehlt mit diesem Krieg!“ so konnte man nach der Mobilmachung oftmals hören. War schon vorher der Geschäftsgang flau und wurde in den Fabriken oft verkürzt gearbeitet, so war es mit Kriegsbeginn wie abgebrochen. Besonders in Fürth setzte eine Arbeitslosigkeit ein, wie sie nie zu verzeichnen war. Auch in Nürnberg hatte das Bürgerturn ähnlich wie in der Nachbarstadt den Kopf verloren. Sofort wurden Schritte unternommen von der Verwaltung am Ortsaristamt, um eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen, damit Arbeitslose eingestellt werden könnten. Aber da kamen wir schon an. Die Arbeitgeber lassen sich nicht vorschreiben, was sie tun sollen, das war der Grundton der Antwort. Später erklärte man schriftlich, daß, wo es nötig ist, dieses gemacht werden soll. Auch unserm Wunsche, die Verheirateten einzustellen, konnte nach dem Schreiben der Arbeitgeber nicht Rechnung getragen werden, „da sie Entlassungen nicht vornehmen könnten“. Auch die gemeinschaftlichen Eingaben wurden nicht gemacht, da solche schon vom Arbeitgeberverband gemacht seien. Inzwischen ist zwar die Spannung gewichen, die Arbeitsgelegenheit besser geworden; nur befürchten wir, daß bloß die Fehzeit vermehrte Arbeitskräfte benötigt. In Fürth wird bereits von der Stadt Arbeitslosenunterstützung gezahlt: für Verheiratete M. 3,10, für Ledige M. 1,85 und Naturalien; in Nürnberg ist dies noch nicht möglich. Die Einberufung hat uns über ein Drittel Mitglieder gekostet. Auch in den Zahlstellen trifft uns dieses, und besonders die Ein-

lassierer werden vermist. Aber an die Stelle der Einberufenen...

In Pforzheim war in den ersten Wochen des Krieges...

In den Festungsgebieten Straßburg und Metz wurde...

Stuttgart. In unserm Filialgebiet mußten 302 Mitglieder...

Würzburg. Nachdem unser angestellter Kollege in den...

jahren ein, daß in dieser von uns nicht gewünschten Situation...

Fachtechnisches.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co. Dresden...

Fachliteratur.

Das soeben erschienene Heft 7 der „Deutschen Malerzeitung die Mappe“...

Der 31. Jahrgang des Münchener Kalenders für 1915, des bekannten Wappenkaleenders...

Literarisches.

Die „Kommunale Praxis“ ist zum Preise von M. 8 pro Quartal...

Gute Lektüre auch während des Krieges. Es ist durchaus verständlich...

Zwei gute Romane gelangen gegenwärtig in dieser Zeitschrift zum Abdruck...

Außer den Romanen erscheinen noch kurze populäre wissenschaftliche Abhandlungen...

Bestellungen nehmen alle Parteibuchhandlungen, Zeitungs- und Kolporteurs entgegen.

Vereinstell.

Bekanntmachungen.

Vericht der Hauptkassse vom 12. bis 17. Oktober. Eingekandt haben für die Hauptkassse...

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken, D = Duplikatmarken, E = Eintrittsmarken...

Table with columns: Name, Buch-Nr., Anzahl bis zur, and location. Lists names like Jakob Mayer, Heinrich Merker, etc.

Die Woche vom 25. bis 31. Oktober ist die 43. Beitragswoche.

Am 9. September starb im Kampfe fürs Vaterland Herr Magistratsassessor Dr. jur. Karl Stadelmann...

Der Malerkalender 1915 herausgegeben vom Vorstand des Verbandes wird alsbald erscheinen...

Maler-Mantel, weltberühmt in Sitz, Direktor Versand an jedermann ab Fabrik. Lassen Sie sich meine Preisliste kommen...

Schule für Holz- und Karmascherei. Schablonenstanzmaschinen, runde, ovale, bogene Stanzmaschinen...

MALERSCHULE WILH-SCHUTZE HAMBURG. PROSP. GRATIS. Anerkannt beste Schule für Dekorationsmaler

Schrift-Gesetz-Kompendium schnell und leicht zu lernen. Preis 1,50. Kurzer, tüchtig, 20 Lagen...